

Die Österreichische Gedenkstättenlandschaft Entwicklung, Gegenwart, Ausblick

Referat beim österreichweiten Gedenkstättenseminar, Hartheim 4.-6. März 2011



Über die „Österreichische Gedenkstättenlandschaft“ zu sprechen, umfasst ein so weites Thema, dass ich im folgenden nur einige Anmerkungen und Hinweise zu jenen Aspekten geben kann, die im Titel avisiert sind. Ich mache dies sowohl von außen, weil ich mich seit vielen Jahren in Theorie und Praxis mit der europäischen Gedenkstättenlandschaft beschäftige. In den letzten 15 Jahren hatte ich die Möglichkeit, in vielen Ländern eine Vielfalt an Gedenkortorten des 2. Weltkrieges kennen zu lernen, vom Nordkap bis Nordafrika, von Litauen und Polen und die Niederlande über Frankreich und Italien bis nach Israel.

Die Innenseite des Themas kenne ich aus meiner 20jährigen Beschäftigung mit Mauthausen und seinen Außenlagern, speziell mit der praktischen Gedenkstättenarbeit in Kärnten. Dieses Engagement ist für mich immer noch und immer wieder ein Prüfstein für die Politische Bildungsarbeit in Österreich; man könnte fast sagen: ein Paradigma für die Arbeit an der verschütteten Erinnerung Österreichs.

Dabei muss ich bei meinen nun folgenden Ausführungen viele wichtige und auch neue Ansätze der Erinnerungsarbeit vernachlässigen, weil sie nicht „Gedenkstätten“ im Sinne von institutionalisierten Lernorten betreffen und oft auf anderen, informelleren Gedenkstrukturen aufbauen, wie zum Beispiel

- die Begehung von Erinnerungswegen; beispielsweise die Begehung des Weges, auf dem die KZ-Häftlinge vom Bahnhof Mauthausen hinauf ins Lager getrieben wurden; oder die Begehung der alten Loiblpaßstrasse, die der einzige Verbindungsweg vom Loibl-KZ-Süd ins Loibl-KZ-Nord war, solange der von den Häftlingen ausgebrochene Straßentunnel nicht befahrbar war;
- die Markierung von Leidenswegen durch stationäre oder mobile Denkmäler, wie z. B. Gedenkzeichen und Mahnmale am Präbichl und in Gleisdorf, die an den Todesmarsch erinnern, bei dem ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen vom Ostwallbau nach Mauthausen getrieben wurden; oder das Konzept des „Mobilen Erinnerns“ von Christian Gmeiner, der entlang der Route dieser Todesmärsche, beginnend in Budapest, mit einer Stahlskulptur durch verschiedene Städte und Gemeinden gezogen ist. Alle diese Wege sind durch schreckliche Vorkommnisse in der Erinnerung der Betroffenen markiert, in der offiziellen Gedenklandschaft bzw. im öffentlichen Bewusstsein jedoch kaum präsent.
- Die Setzung von sog. Stolpersteinen („Steine der Erinnerung“, wie sie in Wien genannt werden) lenkt punktuell eine vorerst flüchtige Aufmerksamkeit auf einen Ort, zumeist auf einen Wohnort bzw. ein Haus, das mit der Geschichte des Holocaust „biografisch“ verbunden ist. Diese Orte als Gedenkstätten zu bezeichnen, wäre wohl überzogen. Als Denkanstöße, so wie das Wort „Stolpersteine“ es nahe legt, sind sie jedoch wichtige „Bekenntnisse“ einer Stadt oder einer Gemeinde zu ihrer jüdischen Geschichte. Durch die Bindung dieser Erinnerung an konkrete Menschen, die dem unfassbaren NS-Verbrechen zum Opfer gefallen sind, können die „Stolpersteine“ - auch in didaktischer Hinsicht – wichtige Ausgangspunkte für historisch-politisches Lernen sein.
- Es gibt eine Reihe von Orten, die nicht explizit als Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes zu erkennen sind. In diesen Fällen sind die NS-Opfer - gleichsam unter einem falschen Titel - in Denkmälern verewigt, die zumeist als herkömmliche „Kriegerdenkmäler“ in Erscheinung treten. In diesen Fällen sind die NS-Opfer aufgegangen in der gesellschaftlichen Funktion des Gedenkens an die militärischen Ereignisse bzw. an die soldatischen Opfer des 2. Weltkrieges. NS-Opfer befinden sich deshalb auf Gefallenengräberhöfen wie auf Kriegerdenkmälern, und zwar sowohl anonym, so wie jene mindestens 700 Euthanasieopfer aus Klagenfurt, die am städtischen Friedhof in Annabichl in nicht bezeichneten Armen-Reihengräbern ruhen; es sind gleichsam unerinnerte, „unsichtbare Tote“, deren Grabstätten inzwischen (widerrechtlich) weiter vermietet und mehrfach neu belegt wurden. - NS-Opfer wurden aber auch namentlich in Kriegerdenkmäler eingemeißelt, so wie z. B. jene 5 Zeugen Jehovas, die am Kriegerdenkmal in der Gemeinde St. Martin am Techelsberg (Kärnten) stehen. Die Gemeinde widmete das Denkmal „ihren gefallenen Heldensohnen“. Die Zeugen Jehovas, wahre Helden des Widerstandes, sind aber nicht im Kampf für Hitler-Deutschland an der Front oder sonstwo „gefallen“, sondern sie wurden im Hinterland von Hitlers Schergen ermordet, in einer Hinrichtungsstätte oder in einem KZ.
- In diesem Zusammenhang, nur mit genau umgekehrten Vorzeichen, wäre auch die Denkmalgeschichte der Gemeinde Silbertal in Vorarlberg zu erwähnen. Eine exemplarische Geschichte aus folgendem Grund: Auf dem Kriegerdenkmal war unter den Gefallenen des 2. Weltkriegs auch ein Name eingraviert, der 2007 engagierte Historiker zu besonderen Recherchen veranlasste: Josef Vallaster; er war kein gewöhnliches „Opfer des 2. Weltkrieges“ sondern ein SS-Mann, der unter die Mörder von Hartheim und Sobibor gereiht werden muss.

Nach drei Jahren heftiger Diskussion in der Gemeinde und im Lande und nach Abriss des alten Denkmals wurde das neue im November 2010 eingeweiht.

Im engeren Sinne und im Gegensatz zu diesen Beispielen verstehen wir unter Gedenkstätten eher institutionalisierte Orte, gesellschaftlich herausgehobene und betreute Gedenkort für NS-Opfer und für Opfer des NS-Widerstands, wie zum Beispiel

- KZ-Gedenkstätten, wie etwa die in Mauthausen, Gusen oder Ebensee und Gedenkstätten an Tötungsorten, wie z. B. im Schloss Hartheim;
- Museen bzw. Dokumentationszentren an zentralen Orten jüdischen Lebens, wie Gedenkstätten in ehemaligen Synagogen oder an anderen signifikanten Orten des Widerstandes oder der Vernichtungsgeschichte, wie z. B. die Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in Wien in der Saltorgasse 6 oder die am Peršmanhof in Südkärnten, wo Männer einer SS-Polizeieinheit ein Massaker an der slowenischen Zivilbevölkerung verübten.
- Gedenkstätten können auch symbolische Gedenkort sein, wie das Denkmal am Morzinplatz in Wien, wo sich früher die Gestapo-Leitstelle befand, oder wie das Denkmal für die Opfer der Shoa am Wiener Judenplatz, dem ehemaligen Standort einer alten im 13. Jahrhundert errichteten Synagoge, oder die Gedenkstätte beim sog. Kreuzstadl in Rechnitz (Burgenland), wo 2 Wochen vor Kriegsende 180 ungarisch-jüdische OstwallerbeiterInnen von den Nazis ermordet und in der Nähe verscharrt wurden. Auch der ehemalige Hinrichtungsraum (jetzt „Weihestätte“) im Wiener Landesgericht wäre hier als Beispiel zu nennen.

Gedenkstätten haben also einen einigermaßen gesicherten gesellschaftlichen Platz, was sich zumeist an folgenden Kriterien festmachen lässt:

- an der finanziellen Förderung durch öffentliche Institutionen, Förderungen, die zwar jedes Mal erstritten werden müssen, die letztlich jedoch einen mehr oder weniger fixen Budgetposten im Subventionstopf der Geldgeber darstellen,
- am Bekanntheitsgrad, der sich in der medialen Berichterstattung niederschlägt, zuweilen auch als Wirtschaftsfaktor, sofern es sich um eine „touristische Attraktion“ handelt,
- an der relativ hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, zumindest anlässlich der regelmäßig zelebrierten Gedenk- und Befreiungsfeiern, sowie am Rang und an der Zahl der dort anwesenden politischen Persönlichkeiten,
- an einer mehr oder weniger gefestigten Position im bildungspolitischen Kanon bzw. im Zeitgeschichte-Curriculum von Bildungseinrichtungen, wie Schule, Universität, außerschulische Jugendarbeit, Erwachsenenbildung usw.,
- an der Eingebundenheit in Bundesländer übergreifende Netzwerke, die ihrerseits zum Teil von öffentlichen Förderungen abhängig sind, wie z. B. das Netzwerk von „erinnern_at“ oder das vom Österreichischen Mauthausen Komitee. Diese Netzwerke könnten wahrscheinlich mit privaten Sponsorengeldern allein nicht überleben.

In Österreich erfüllen nur sehr wenige Gedenkstätten alle diese Kriterien. Das hängt wohl damit zusammen, dass in Österreich – im Unterschied zu Deutschland – die Förderung einer Pluralität von NS-Gedenkstätten keine Tradition hat und Förderstellen zudem auf bestimmte Institutionen auf Bundesebene (und seltener auf Landesebene) konzentriert sind. Durch diverse und unklare Zuständigkeiten kam eine breite Diskussion um Gedenkstätten als Lernorte in Österreich nur sehr zögerlich in Gang. Wenn überhaupt, dann verläuft der Gedenkstättendiskurs in exklusiven Zirkeln von wissenschaftlichen Gremien und Fachzeitschriften. Er wird deutlich von FachhistorikerInnen dominiert, was auch in den Gedenkstättenkonzepten, so vorhanden, seinen Niederschlag fand.

Die Verdienste der HistorikerInnen um die Vermehrung unseres Wissens über die Massenverbrechen der NS-Zeit sollen hier nicht geschmälert werden, Tatsache aber ist, dass sich die akademische Historikerzunft für die Errichtung und Pflege von Gedenkort ebenso wenig zuständig fühlt, wie für den Vermittlungs- und Erinnerungsauftrag von Gedenkstätten. Eine Fachdisziplin „Gedenkstättenpädagogik“ konnte sich auf diese Weise in Österreich noch kaum durchsetzen, während sie sich in Deutschland schon vor ca. 20 Jahren etablieren konnte.

Gleichzeitig fehlt in Österreich die Vielfalt jener Strukturen und Institutionen, die in Deutschland die Arbeit in NS-Gedenkstätten wesentlich fördern und unterstützen, wie z. B. Gedenkstätten-Stiftungen der Länder, Landeszentralen für politische Bildung, Gedenkstättenreferate bei den Landesregierungen, spezialisierte Zentralarchive (wie das Berliner Document Center, das Bundesarchiv in Ludwigsburg oder das Militärarchiv in Freiburg) sowie spezielle Forschungsinstitute, wie z. B. das Fritz Bauer Institut in Frankfurt oder die Stiftung Topographie des Terrors in Berlin. Aber auch gemeinnützige private Stiftungen, die sich der politischen Bildung und Demokratieerziehung widmen, wie in Deutschland etwa die Körber-Stiftung oder die Friedrich Ebert Stiftung, fehlen in Österreich.

Am Beispiel der KZ-Gedenkstätte Mauthausen lässt sich zeigen, dass eine monolithische und zentralistische Förderstruktur die Entwicklung von Gedenkstätten eher bremst als beschleunigt. Die KZ-Gedenkstätte erwies sich über Jahre als relativ reformresistent und war allenfalls „fortschrittlich“ bei gewissen Modernisierungsschüben, so z. B. bei öffentlichkeitswirksamen Events, die in Mauthausen nicht nur zu literarischen und konzertanten Groß-

veranstaltungen sondern auch zur Errichtung eines neuen Besucherzentrums geführt haben. Letzteres, das sog. Besucherzentrum von Mauthausen, im Mai 2003 eröffnet, ist jedoch insofern eine Fehlplanung, als dem Bauprojekt kein gedenkstättenpädagogisches Konzept zu Grunde lag. Mauthausen lässt Mauthausen grüßen.

In der „Logik der Politik“ liegt es auch, dass gegenwärtig an einer „Reform der Reform“ gebastelt wird – an einem neuen Ausstellungskonzept und an einem zusätzlichen „Eingangportal“, das, quasi „unumgebar“, noch näher am Haupteingang zur Gedenkstätte liegen soll.

Der offizielle österreichische Weg der Gedenkstättenplanung folgt also der politischen Logik der tragenden Institutionen bzw. der dort verantwortlichen politischen Mandatäre, die naturgemäß im Zeithorizont einer Legislaturperiode denken und ihre Erfolge bei der nächsten Wahl als Stimmengewinn abbuchen wollen. Eine längerfristige Perspektive oder eine Orientierung am internationalen gedenkstättenpädagogischen Diskurs ist nicht erkennbar.

Im Gegenzug zu der aufgezeigten Tendenz der politikabhängigen Zentralisierung und Verstaatlichung von Gedenkstätten haben sich freie Initiativen einen beachtlichen Status in der Gedenkstättenlandschaft erkämpft. Sie versuchen in ihrer Praxis so konzeptionelle Begriffe zu konkretisieren, wie „lebensweltbezogene Erinnerung“, „lebendiges Gedenken“, „Verkörperung des Gedächtnisses“ usw. Ganz allgemein geht es diesen Initiativen um die Gestaltung einer dezentralen österreichischen Erinnerungskultur.

Will man diese Initiativen charakterisieren, muss man ihre Gemeinsamkeiten herausarbeiten:

- Sie sind als junge und dynamische Initiativen einer Zivilgesellschaft verpflichtet, die keinen „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zieht und keine von oben her verordnete Geschichtsinterpretation akzeptiert.
- Sie arbeiten intergenerativ, mit alten und jungen „Zeitzeugen“ und „Betroffenen“; sie beschäftigen sich intensiv mit den Spuren und Tatorten der Vergangenheit, um die damit verbundenen Geschichten wieder ins Bewusstsein zu holen.
- Sie orientieren sich an narrativen Methoden der Geschichtsforschung und stellen die gesellschaftlichen Verhältnisse und die sozialen Beziehungen in den Opfergeschichten ins Zentrum ihrer Recherchen.
- Sie arbeiten an und mit der „Basis“, das heißt, sie arbeiten die Gegenwartsprobleme junger Menschen mit ihnen gemeinsam auf, indem sie z. B. die historischen Kontinuitäten von Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus bewusst machen, auf die individuellen und kollektiven Handlungsspielräume und -potentiale hinweisen und solche auch gegebenenfalls erproben.
- An die Stelle des Konzepts einer rein intellektuellen Vermittlung von Geschichte, sei sie museal oder schulisch aufbereitet, tritt ein tätigkeitsorientiertes, subjektzentriertes Konzept der Erschließung von Lebenswelt. Im Zentrum steht nicht mehr der Besucher oder die Besucherin einer Gedenkstätte als passiver Rezipient bzw. als passive Rezipientin. Als AdressatIn des Bemühens, wie kann man ihm oder ihr die Geschichte dieses Ortes vermitteln, steht der Besucher oder die Besucherin nicht mehr im Focus der Gedenkstättenarbeit. Im Zentrum steht die Entwicklung des Subjekts selbst, das sich in einem Prozess der tätigen Auseinandersetzung der konkreten NS-Geschichte annähert, sich ihrer Verirrungen, Verzerrungen, Vertuschungen und Tradierungen bewusst wird, sich ihre Symbolisierungen vergegenwärtigt und sich sowohl mit der eigenen Biografie als auch mit dem sozialen und kulturellen Umfeld konfrontiert. So nehmen die diese Initiativen die demokratiepolitische Zukunft unserer Gesellschaft vorweg, weil sich diese Zukunft nur dann anders denken und gestalten lässt, wenn man die Verfehlungen der Vergangenheit erkennt und daraus für das eigenen Handeln Konsequenzen ziehen kann..

In jedem Bundesland gibt es heute eine Vielzahl von solchen Initiativen, die bislang vernachlässigte oder „vergessene“ NS-Tatorte zu öffentlich relevanten Gedenkort machen wollen. In den meisten Fällen tun sie dies mit beachtlichem Erfolg. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele, wie etwa die Initiativen bei den ehemaligen Nebenlagern von Mauthausen oder bei ehemaligen Arbeits-Erziehungslagern (AEL) oder bei Kriegsgefangenenlagern, bei Sammel- und Durchgangslagern, bei Gestapogefängnissen und diversen NS-Terrorzentralen, bei Erschießungsstätten und Massengräbern, bei zerstörten Synagogen u. v. a.

Durch die Anbringung von Gedenktafeln, das Erstellen von Informationsfoldern, durch künstlerische Installationen, durch geführte Ortsbegehungen, durch die Einbeziehung des unmittelbaren Umfeldes, werden Gedenkort in komplexere Erinnerungsstrukturen eingebunden, werden vielfältige Bildungsprozesse initiiert, die ihrerseits die Aneignung der eigenen lokalen Geschichte in ihren zeitlichen und sozial-räumlichen Dimensionen ermöglichen.

Aneignung der Geschichte - auch das ist ein Erfahrungswert dieses Ansatzes – bedeutete für die Kriegsgeneration etwas Anderes als für die nachgeborenen Generationen. Für die Kriegsgeneration bedeutete Erinnerung zumeist Arbeit an der eigenen Helden- und Leidensgeschichte. Für die nachgeborenen Generationen stehen bei der Aneignung der NS-Geschichte andere Fragen im Vordergrund: Erwächst uns eine Verantwortung aus der Geschichte, resultierend aus dem Mitleid der Väter und Großväter sowie aus ihrem moralischem Versagen? Gibt es eine Verpflichtung zur Auseinandersetzung mit dieser „Erbschuld“, die einem - ohne eigenes Dazutun - durch die Geschichte auferlegt worden ist? Und die Einsicht: Wir können heute, mehr als 65 Jahre nach dem größten Menschheitsverbrechen, nichts „wieder gut machen“, nicht nur, weil die Verbrechen so groß und unfassbar waren, sondern weil die Nachgeborenen keine persönliche Schuld trifft. Ergibt sich nicht gerade deshalb daraus die Ver-

pflichtung, die Verdrängungen und Schweigetabus der Altvorderen zu brechen und die Geschichte der „vergesse- nen Opfer“ immer wieder in Erinnerung zu rufen?

Erinnerungsarbeit hat allerdings nicht die demonstrative Empörung über NS-Verbrechen oder die leicht zu be- kommende Geste der verbalen Distanzierung und Ablehnung zum Ziel. Auch das vorübergehende Erschauern angesichts der Verbrechen und die zur Schau getragene Abscheu gegenüber den Tätern sind noch keine bildungs- relevanten Aneignungsformen von Vergangenheit. Die Gedenkstättenpädagogik muss umfassender konzipiert sein. Sie kann als das Bemühen verstanden werden, einen nachhaltigen Bildungsprozess anzubahnen, der über eine reflektierte Hinwendung zur schmerzlichen Realität von Geschehnissen das Individuum für seine Welt und seine Geschichte öffnet. Dieser Bildungsprozess schließt die emotionale und intellektuelle Weiterentwicklung der eigenen Person ein und nimmt sich die weitere Entfaltung des personalen und gesellschaftlichen Gewissens vor. Der „Kampf um die Erinnerung“ bewegt also nicht nur die Subjektivität des Individuums sondern beunruhigt auch das gesellschaftliche Umfeld.

Es ist schon fast eine Banalität zu sagen: Es gibt keine „authentischen Orte“. Alle Gedenkorte sind ein Produkt von Konstruktion und Rekonstruktion. Keine Gedenkstätte, kein Relikt und kein Stein spricht also für sich. Jede Gedenkstätte repräsentiert ein sozial-räumliches, zeitgeschichtlich vorinterpretiertes Gebilde, das der „Aneignung“ bedarf, sofern ein nachhaltiger Bildungsprozess entstehen soll. Dabei handelt es sich nicht nur um einen individuellen Lernprozess sondern um die Aneignung einer gesellschaftlichen Erfahrung, denn die Form der Erinnerung – ebenso wie die des Vergessens – ist von einer bestimmten, konkreten Gesellschaft strukturiert. Auch alle historischen Texte, Erzählungen, Museumsexponate, selbst gemauerte Bauwerke, Statistiken und andere augen- scheinliche Symbolisierungen sind nicht gesellschaftsunabhängige Tatsachen, sondern von Menschen geschaffene Wirklichkeitskonstruktionen, deren Bedeutungsverleihung unter dem Aspekt hegemonialer Macht und politischer Interessen geschieht. Das ist auch der Grund, weshalb Gedenkstätten in der Regel Orte gesellschaftlicher Konflikte sind.

Weil Gedenkstätten immer gesellschaftliche Konstruktionen sind, ist auch das dort inszenierte kulturelle Gedäch- nis nicht streng wahrheitsorientiert sondern vielmehr auf Identitätssicherung angelegt: Von der Erinnerung in Gedenkstätten erhofft man sich die Identitätsstärkung von konkreten Kollektiven, denen damit - neben der histori- schen Selbstvergewisserung - auch eine gewisse „Wertorientierung“ geboten wird. Deshalb sind Gedenkstätten – auf der Negativseite ihrer gesellschaftlichen Wirkung - auch bevorzugte Angriffsziele von revisionistischen und neonazistischen Gruppen, die zur Demokratie eine „Gegenidentität“ bilden. Diese Gruppen treten oft massiv gegen die „Umerziehung“ in Gedenkstätten auf und sagen dem „Antifaschismus“ den Kampf an. Hierher gehören die Schändungen, Beschmierungen und Zerstörungen von antifaschistischen Denkmälern (wie etwa vom „Denk- mal der Namen“ in Villach, das in den letzten Jahren schon 16 Mal zerstört worden ist), dazu gehören die großflä- chigen Graffitis neonazistischen Inhalts auf der Außenmauer der Gedenkstätte Mauthausen, die Angriffe von Neonazis auf die Gedenkstättenbesucher im ehemaligen KZ-Stollen von Ebensee, die mutwillig und gezielt he- rausgerissenen „Stolpersteine“ in Wien und Salzburg, dazu gehören Anschläge auf Synagogen und Schändungen von jüdischen Friedhöfen und – sehr zeitgemäß – die Einträge denunziatorischer Art auf der Neonazi-Webpage „Alpen-Donau Info“. Dort finden sich Aufforderungen zur gezielten Antifaschisten-Jagd.

Korrespondierend gehören dazu auch die schleppenden Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei den entsprechenden Delikten, die polizeiliche Toleranz bei Versammlungen und Aufmärschen von Neonazigrup- pen, die zögerliche Verfolgung von Neonazis durch das Justizministerium, die offensichtliche Machtlosigkeit des Innenministeriums angesichts der antisemitischen und rassistischen Hetze im Internet. - In diesem Zusammenhang ist es kein Trost, dass neue Gedenkstätten dort entstehen, wo rassistische Anschläge verübt wurden und Todesop- fer zu beklagen waren, wie z. B. die Roma-Gedenkstätte in Oberwart, die errichtet wurde, weil in der Nacht vom 4. auf 5. Februar 1995 vier Angehörige der Volksgruppe der Roma nahe ihrer Oberwarter Wohnsiedlung in eine tödliche Sprengfalle gerieten.

Ich möchte zum Schluss einige Kritikpunkte an den offiziellen Gedenkstätten am Beispiel von Mauthausen und seinen Nebenlagern zusammenfassen:

- 1.) Die nationale Vereinnahmung dieser „internationalen“ Stätten der NS-Verbrechen dient vorgeblich der ös- terreichischen antifaschistischen Identitätsstiftung. Tatsächlich bekam Österreich durch die zentrale KZ- Gedenkstätte in Mauthausen einen wichtigen Ort der politischen Selbstdarstellung und der eigenen Insze- nierung als das Land, das sich den Opfern des NS-Terrors besonders verpflichtet fühlt. Das Gedenken in Mauthausen zu konzentrieren, bedeutete, die anderen Verbrechenorte an die Peripherie abzudrängen und sie der Vergesslichkeit der Republik zu überantworten, das hieß aber auch, dass Österreich als „Täterland“ zunächst einmal völlig in den Hintergrund der Betrachtung trat. Zusätzlich entstand in der „Gedenkland- schaft“ ein beachtliches Nord-Süd-Gefälle: Oberösterreich liegt im internationalen Gedenkstättenvergleich durchaus im Spitzenfeld, Kärnten ist Schlusslicht.
- 2.) Gleichzeitig wurden an den Orten der Mauthausen Nebenlager fast alle Spuren des mörderischen Gesche- hens getilgt. Das geschah nicht nur mit Hilfe der Natur, die sich die KZ-Areale zurückeroberte, sondern überwiegend durch Menschenhand und aus wirtschaftlichem Kalkül. Gebäude ehemaliger Außenlager wurden abgerissen oder wieder den ursprünglichen Grundbesitzern zurückgegeben. Die Besitzer hatten meistens andere Interessen, als ehemalige Stätten des SS-Terrors und des Leidens von KZ-Häftlingen zu

erhalten oder kenntlich zu machen. Auch im Stammlager Mauthausen wurden Baracken am freien Markt zum Verkauf angeboten; nicht wenige Betriebe und Gemeinden machten davon Gebrauch. Andere ehemalige KZ-Liegenschaften wurden von den Gemeinden planiert, parzelliert und mit Privathäusern und Siedlungen überbaut, so z. B. in St. Georgen an der Gusen, in Ebensee oder in Lackenbach, wo ein zentrales Konzentrations- und Durchgangslager für österreichische Sinti und Roma war.

- 3.) Eine besondere Form des Spurenverwischens ist die Transformation von ursprünglichen Verbrechensorten zu belehrenden Gedenkortern mit Hilfe von modernen Zweckbauten an oder bei ursprünglichen NS-Tatorten. Das Beispiel „Besucherzentrum“ in Mauthausen zeigt, dass dabei in erster Linie politische Überlegungen eine Rolle spielen. Daraus resultieren Lenkungs- und Disziplinierungsversuche, die das historische Denken eingrenzen und nach „gärtnerischen Handlungsmustern“ (Zygmunt Bauman) formen. Damit ist die Tendenz gegeben, die vielfältigen Möglichkeiten des Suchens und Wahrnehmens von Spuren und des emotionalen Reagierens auf eigene Entdeckungen in einen künstlichen, rational gestalteten Ordnungsrahmen zu pressen und durch gelenkte Informationsangebote zu kanalisieren.

Eine gegenläufige Intention verfolgen die meisten Erinnerungsinitiativen, die bei den ehemaligen Außenlagern von Mauthausen und an anderen Gedenkortern entstanden sind. Diese Initiativen gehen in der Regel auf private Vereine, auf lokale Geschichtswerkstätten und Aktionsgruppen der 80er und 90er Jahre zurück. Sie repräsentieren heute die österreichische Erinnerungskultur im „informellen Sektor“ und stehen naturgemäß eher für eine Konfrontations- und Konfliktstrategie. Sie sind dabei aber vermutlich erfolgreicher bei der Wiederentdeckung der verborgenen und zugeschütteten Quellen kultureller Erinnerung als dies die offiziellen Gedenkstätten durch ihre Lenkungsmaßnahmen und Informationsangebote je sein können.

Das Erzählen von Einzelschicksalen, die sich an konkreten NS-Tatorten vollzogen haben, ist neben dem Verstehen von historischen Zusammenhängen von großer Wichtigkeit, weil es die einzige Form ist, die das Mitgefühl und die Identifikation mit dem einzelnen Opfer wecken kann. Die Identifikation mit dem individuellen Schicksal ist eine pädagogische Schlüsselsituation, weil der Mangel an Identifikation und die Verweigerung von Mitgefühl zu den entscheidenden Ursachen gehören, die für das damals weit verbreitete Desinteresse an den Untaten der Nazis, für das gleichgültige Zuschauen und für das massenhafte Mittun verantwortlich waren.

Die narrative Wende in der Erinnerungsarbeit und die Forderung nach einer Dezentralisierung des Gedenkens sind unter anderem auch deshalb so wichtig, weil wir es in Österreich auf weite Strecken noch immer mit einer „unterirdischen NS-Kultur“ zu tun haben, die einen beachtlichen Raum im gesellschaftlichen Bewusstsein einnimmt und die den aktuellen rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Tendenzen Rückenwind gibt. Verstärkt durch entsprechende politische Äußerungen und Maßnahmen, die fremdenfeindliche Ressentiments schüren, die auf Verunsicherung, Angst und Schrecken gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und MigrantInnen aufbauen, ist diese „unterirdische NS-Kultur“ bereits zu einem Alltagsphänomen geworden, das kaum mehr Empörung hervorruft.

Viele der genannten Initiativgruppen, die heute die österreichische Gedenklandschaft positiv und konstruktiv mitgestalten, sind mit der gegenwärtigen Situation, die zwischen Entpolitisierung und Politikverdrossenheit, zwischen Verharmlosung rassistischer Hetze und Aufforderung zum Mittun oszilliert, unzufrieden. Sie kämpfen dagegen an und geben der Empörung Ausdruck, der Empörung über die machtbesetzte Hierarchie der öffentlichen Gedenkrituale, der Empörung über das Verschwinden der Täter in einem verallgemeinerten Opferdiskurs, der Empörung über das Vergessen und Vertuschen von so vielen Leidensgeschichten an so vielen Orten des NS-Terrors, der Empörung über die parteipolitische Vereinnahmung und die marktgerechte Verpackung des KZ-Gedenkens. Dass die Fähigkeit zur Empörung zum gesellschaftlichen Engagement führen kann, ist eine der Grundthesen von Stéphane Hessel, der als 93jähriger Veteran der französischen Résistance die Jugend aufruft, Apathie und Gleichgültigkeit zu überwinden, dem politischen Konformitätsdruck Widerstand zu leisten und sich für die republikanischen Ideale zu engagieren.



In diesem Sinne gibt die Strategie der Dezentralisierung des Gedenkens und die der Personalisierung der Erinnerung Hoffnung, dass diese Initiativen – sofern sie sich gut und solidarisch vernetzen – irgendwann einmal auch ein maßgeblicher bildungspolitischer Faktor in der Gedenklandschaft Österreichs sein werden und auch entsprechende Förderungen und öffentliche Anerkennung erhalten.